

Geschäftsführer Sebastian ChwalaBahnhofstr. 6
35037 Marburg

Fon: 06421-163873

Fax: 06421-175618

info@die-linke-marburg.de

Marburg, den 1. April 2019

Bericht aus der Marburger Stadtverordnetenversammlung (StVV) vom 22. März 2019**Verabschiedung des Haushaltes 2019 - Marburger Linke und Grüne lehnen den Entwurf des Magistrats ab**

Die März Sitzung des Marburger Stadtparlaments stand ganz im Zeichen der Haushaltsdebatte. Deshalb gab es keine weiteren Aussprachen zu anderen Anträgen. Drei Dringlichkeitsanträge, die sich mit dem geplanten Verkauf von städtischen Flächen an eine Gesellschaft des Pohl-Konsortiums beschäftigten, wurden auf die April-Sitzung vertagt. Marburger Linke und Grüne forderten in einem weiteren Dringlichkeitsantrag Sicherheit für die Künstlerwerkstatt auf dem Lokschuppengelände. In einer gemeinsamen Stellungnahme verurteilten alle Fraktionen des Stadtparlaments scharf den fremdenfeindlichen Übergriff auf einen Marburger Busfahrer.

Künstlerwerkstatt am Lokschuppen - Stadtparlament verneint Dringlichkeit

Noch bevor die Haushaltsdebatte begann, begründete Tanja Bauder-Wöhr den Dringlichkeitsantrag von Marburger Linke und Grünen zum Werkstattgelände am Lokschuppen. Es sollte sichergestellt werden, dass die vertraglich verpflichtend zu errichtenden Ersatzräume für die Werkstatt des Künstlers Thomas Gebauer im Eigentum und auf Grund und Boden der städtischen GeWoBau verbleiben und nicht privatisiert werden. Tanja Bauder-Wöhr verwies darauf, dass der angeforderte Bericht (Marburger Linke) zur Entwicklung auf dem Lokschuppengelände immer noch ausstehe, aber bereits Fakten durch Teilabriss geschaffen seien. Deshalb müsse jetzt dringend die notwendige Sicherheit gegeben werden. Die Mehrheit des Hauses lehnte allerdings die Dringlichkeit ab, so dass im April ausführlich diskutiert wird.

Marburger Linke lehnt „mut - und kraftlosen“ Haushaltsentwurf der ZIMT ab

Die folgende Debatte konzentrierte sich auf den Marburger Haushalt für das Jahr 2019. Sie verlief ohne große Höhepunkte und Überraschungen; die Magistratsparteien äußerten sich beglückt und zustimmend. Dagegen trug die Marburger Linke ihre Kritik und Alternativen zu dem politischen Zahlenwerk vor. So bezeichnete die Fraktionsvorsitzende Renate Bastian den Haushaltsentwurf als „mutlos und perspektivlos“, da auch in diesem Jahr die Marburger Unternehmen nicht mit in die Verantwortung genommen werden. Dies zeige sich in der aktuellen Debatte über die Verkehrspolitik, die zuletzt durch die Planung von Neubaugebieten und die Erweiterung des Pharmastandortes verstärkt worden ist. Als Beitrag zur Lösung der Verkehrsprobleme sollen nach Auffassung der Marburger Linken die Behring-Nachfolgefirmen ein Jobticket für die Beschäftigten einführen. Tun sie es nicht, muss dies über die Stadt, und zwar für alle Beschäftigten, geschehen, finanziert durch eine entsprechende Erhöhung der Gewerbesteuer. In der Abstimmung duckte sich die Mehrheit vor dem Problem allerdings wieder einmal weg.

Marburg braucht eine vorausschauende Planung der Stadtentwicklung

Bastian forderte weiter ein integriertes Konzept der Stadtentwicklung ein. Für wesentliche Bereiche hatte die Marburger Linke bereits bei der Aufstellung von eigenen Änderungsanträgen zum Haushaltsentwurf einige übergeordnete Ziele als Grundpfeiler für ein solches Konzept formuliert.

Verkehr: Jobtickets, Schnellbuslinien, Nulltarif für Stadtpassinhaber, Steigerung der Fahrgastzahlen um 10 Prozent im ÖPNV, verstärkter Ausbau des Fuß- und Radwegesystems; **sozialer Wohnungsbau:** 200 neue Wohnungen im sozialen bzw. preisgünstigen Wohnungsbau pro Jahr, erhebliche Erhöhung von entsprechenden Wohnungsbaudarlehen, mietkostenneutrale energetische Sanierung am Richtsberg; **Klimaschutz:** Verringerung des PKW-Aufkommens um 3,5 Prozent; **Kultur:** 5 Prozent des Etats sollen für kulturelle Zwecke bereit gestellt werden; **Migration:** 500.000 € zur Unterbringung von Geflüchteten.

Zu wenige Plätze in Kitas und zu wenig Erzieher/innen

Roland Böhm, Vorsitzender des Sozialausschusses, verwies darauf, dass die Fortschritte im Bereich der Kinderbetreuung nicht ausreichend seien. Nicht nur, dass die bereitgestellten Gelder für den Ausbau der Kindertagesstätten auf dem niedrigsten Stand seit fast einem Jahrzehnt angekommen sind, auch die Anzahl neu geschaffener Stellen im Bereich der Kinderbetreuung ist unzureichend. Ebenso ist die von Oberbürgermeister Spies in Aussicht gestellte vollständige Befreiung aller Eltern von Betreuungsgebühren ist bis heute nicht erfolgt. Im Gegenteil, für die Eltern im Bereich der U 3-Betreuung sind die Kosten heute höher als vor dem Sparhaushalt 2017, so Böhm.

Abschließend verwies Inge Sturm, Mitglied für die Marburger Linke im Ausschuss für Schule und Kultur, darauf, dass die Stadt Marburg nach wie vor nicht dazu bereit sei, den Beschäftigten im Kulturbereich eine angemessene Entlohnung und damit verbunden auch eine ausreichende Rente zu ermöglichen. Die Angebote in dieser Hinsicht durch die Stadt seien „ein Tropfen auf den heißen Stein“, so Sturm.

In Einzelabstimmungen ging es um Änderungswünsche der Fraktionen am Haushalt, bei denen Marburger Linke und Grüne mit ihren Vorstellungen unterlagen. Die Marburger Linke stimmte abschließend gegen den Haushalt, der mit den Stimmen der ZIMT angenommen wurde. Der vorgelegte Stellenplan fand allerdings die Zustimmung, da unter anderem in Erziehungsbereich Stellen neu geschaffen oder bestätigt wurden.

Anträge zu Gesundheit und Verkehr angenommen

Unter den Anträgen, die ohne weitere Beratung verabschiedet wurden, befand sich auch der Antrag der Marburger Linken zur Einrichtung von Wassertretstellen, der positiv aufgenommen wurde. Ebenso stimmte das Parlament der Forderung zu, die AG Verkehr bei der Stadt um relevante Initiativen zu erweitern.

Freundliche Grüße von der **Fraktion der Marburger Linken**

Renate Bastian

Tanja Bauder-Wöhr, Roland Böhm, Henning Köster, Elisabeth Kula, Jan Schalauske, Jonathan Schwarz, Inge Sturm